



→ **Dr. Dr. Joseph Kastenbauer** ist als Zahnarzt in Altötting tätig und Geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Strategisches Management im Gesundheitswesen GmbH & Co. KG (ISMG), München. Ehemaliger Präsident der Landes Zahnärztekammer Bayern.

www.I-S-M-G.de

„Ein freier Beruf und der Staatskommissar“

Die bayerischen Zahnärzte im speziellen und die deutsche Zahnärzteschaft insgesamt wurden zu Beginn dieses Jahres mit der rigiden Einbindung der Heilberufe in die Allmacht unseres demokratischen Staates konfrontiert. Zahlreiche Gutachten von liberalen, konservativen und natürlich sozialistisch indoktrinierten Staatsrechtlern belegen seit Jahren, dass die medizinische Versorgung der Bevölkerung unserer Republik Verfassungsrang genießt.

Jedoch werden in diesen Gutachten Unterschiede bezüglich der Wertigkeit der Eigenverantwortung der Bürger überdeutlich. Von der „Privatisierung der Gesundheit“ bis zur sozialistischen gesetzlichen Versicherungspflicht in der GKV für alle Bürger reicht das Spektrum. Sicherlich liegt das Idealmodell irgendwo in der Mitte der ideologischen Spannbreite. Man muss derzeit zugestehen, dass die reine Privatisierung des Risikos in der Krankenversicherung zahlreiche Menschen überfordern würde. Andererseits sollte man wissen, dass der Sozialismus durch die Umverteilung und Verlagerung der Selbstverantwortung auf quasi staatliche Organe zu Ineffizienz, Selbstbedienungsmentalität, Kostensteigerung, Leistungsminderung und Qualitätsverlust führt.

Warum wird dies im Zusammenhang mit dem Staatskommissar in Bayern geschrieben?

In den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts wurden die KVen und KZVen gegründet. Die Ärzte und Zahnärzte sahen dies als großen Vorteil, um aus dem Diktat der Kassenhonorargestaltung für die Einzelärztl-zahnärzte herauszukommen. Die Staatsmacht hatte durch die Installierung von staatsabhängigen Körperschaften den direkten politischen Einfluss auf die Gestaltung des Gesundheitswesens. Die geschichtliche politische Entwicklung hat diese Einrichtungen für viele Ärzte und Zahnärzte, auch Patienten, schätzenswert gemacht.

Seit ca. 15 Jahren erleben wir jedoch in Deutschland und Europa einen politischen Aufbruch unterschiedlichster ideologischer und wirtschaftlicher Form und Ausprägung. Gerade seit dem 1. Mai 04 muss uns bewusst sein, dass relativ kleine Staaten in der EU mit liberalen-sozialen Modellen den „EU-Elefanten“ wie Deutschland erhebliche Konkurrenz machen werden. Wie sinnvoll ist es dann noch, für Gesamt-Deutschland Gesundheitsversorgungsmodelle zu verordnen?

Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern andere wirtschaftliche Verhältnisse als in Baden-Württemberg und in Bremen andere als in Sachsen oder Bayern. Also lasst uns das Monopol der Gesundheitspolitik aus Berlin vergessen. Schaffen wir die Bundes-KZV ab, regionalisieren wir die Gesundheitspolitik in die Länderhoheit. Aber auch auf dieser Ebene sollten die KZVen nur Aufsichts- und u. U. Honorarverteilungsfunktion haben. Dies könnten durchaus hauptamtliche Vorstände erledigen.

Wollten die Zahnärzte wirklich Freiberufler sein, dann werden sie kraft eigener Fähigkeiten selbst oder in mehr oder weniger großen Zusammenschlüssen die Honorare mit den gesetzlichen Krankenversicherungen vereinbaren und dem Patienten über die Kostenerstattung Therapiefreiheit vermitteln. Wenn wir Zahnärzte das wirklich wollen, dann müssen wir die typisch deutsche Obrigkeitshörigkeit ablegen, uns unabhängig von den KZV-Vertretern organisieren und mit Selbstbewusstsein unsere Chance in der Freiberuflichkeit nutzen. Dabei ist es eine *Conditio sine qua non*, dass der Patient im Mittelpunkt unseres Handelns steht.

Wenn wir dies schaffen, dann gibt es auch keinen Staatskommissar mehr.

Ihr Dr. Dr. Joseph Kastenbauer